

gekommen.

Die Umsetzung des Prioritätenprojektes in Jamalpur ist als Reaktion auf die Konferenz in Straßburg vorläufig gestoppt worden. Statt dessen wird eine ganze Serie von Studien durchgeführt, deren Ergebnisse Aufschluß über den weiteren Verlauf des Projekts und somit den möglichen Bau eines Ringdeichs geben sollen.

Obwohl die Geber und die durchführenden Regierungsstellen in Bangladesh auf Kritik reagiert haben, bleibt der

FAP, auch unter seinem neuen Namen 'Bangladesh Water and Flood Management Strategy', im Kern ein Investitionsprogramm das auf strukturelle Lösungen setzt, anstatt in einem breiten gesellschaftlichen Dialog eine umfassende Strategie zur Wassernutzung zu entwickeln.

Der FAP hat von Anfang an zwei Ziele verfolgt: Erstens, den Schutz von Menschen und Infrastruktur vor Überschwemmungen durch Deichbauten und zweitens, die Steigerung der landwirt-

schaftlichen Produktion durch die Förderung des Anbaus von Hohertragssorten in flutgeschützten Gebieten (z.B. FAP 20). Der zweite Aspekt soll intensiv auf der Konferenz: "Ernährungssicherheit, FAP und Bangladesh" vom 5. bis 7. Dezember in Brüssel diskutiert werden. Darüber hinaus planen die an der Konferenz teilnehmenden regierungsunabhängigen Organisationen das Thema Ernährungssicherheit stärker als bisher in die von ihnen getragene internationale Kampagne gegen den FAP zu integrieren.

Kommentar: Bangladesh zwischen Hoffen und Bangen

Nach einem Jahr, das von Straßenschlachten und wilden Streiks geprägt war, durchlebt Bangladesh zur Zeit eine vergleichsweise ruhige Periode. Doch sind erste Anzeichen neuer Unzufriedenheit unübersehbar. Die Wahlen im vergangenen Juni, die Sheikh Hasina zur neuen Premierministerin gemacht haben, sind international auf ein durchaus positives Echo gestoßen. Trotzdem existiert eine gewisse Skepsis. Nach Jahren wirtschaftlicher Ausbeutung als Teil Pakistans und blutigen Anfängen als unabhängige Nation, war Bangladeshs Situation immer schwierig. Aktuell gehen ausländische Hilfeleistungen zurück, die Zahlungsbilanz verschlechtert sich zusehends und die Weltbank hat einen Kredit von 50 Millionen US-Dollar zurückgezogen. Ein großer Teil der jährlich zwei Milliarden Dollar Hilfeleistungen wartet noch auf Auszahlung, da bürokratische Hindernisse, Korruption und ein zu langsamer Implementierungsprozeß die Verteilung der Gelder blockieren. Positiv aufgenommen wurde von der internationalen Gebergemeinschaft, daß die Wahlen, die nach über 21 Jahren wieder die 'Awami League' an die Macht brachten, fair und frei gewesen sind, nachdem frühere Wahlen doch immer wieder von massiven Wahlbetrügereien geprägt waren.

Diese Sicht wird von der wichtigsten Oppositionspartei, der 'Bangladesh Nationalist Party', unter Khaleda Zia nicht geteilt. "Uns ist der Sieg gestohlen worden," so Zia, die den sofortigen Rücktritt des Wahlleiters (Chief Election Commissioner) forderte. Später boykottierte die Partei eine Reihe von Nachwahlen und beklagte politische Repressionen durch die Regierungspartei. Ihre Abgeordneten weigerten sich, an den Parlamentssitzungen teilzunehmen, solange nicht die etwa 500 inhaftierten Parteimitglieder freigelassen würden.

Der andauernde Boykott des Parlaments führte zu einer parlamentarischen Krise, die Präsident Shahabuddin Ahmad schließlich dazu veranlaßte, zwischen der 'Awami League' und der BNP zu vermitteln. Hasina, der vorgeworfen wird, während ihrer Zeit in der Opposition Straßenunruhen initiiert zu haben, hat inzwischen der Forderung der Opposition nachgegeben und eingewilligt, BNP-Abgeordneten mehr Redezeit im Parlament zugestehen. Sie hat außerdem angedeutet, die inhaftierten Mitglieder der BNP durch eine Generalamnestie freizulassen, sofern die Oppositionspartei im Gegenzug dafür auf jegliche Demonstrationen und Straßenproteste verzichtet.

Doch bisher ist das Eis im Lager der BNP nicht geschmolzen, und Khaleda Zia und ihre politischen Gefährten scheinen entschlossen, es der 'Awami Lea-

gue' mit gleicher Münze zurückzuzahlen, mit der diese, während die BNP die politische Macht inne hatte, ihr das Regieren schwer machte.

Die Anzeichen dafür, daß die politische Situation in absehbarer Zeit wieder eskalieren könnte, hat bisher jedoch kaum Eindruck auf die sich erholende Wirtschaft hinterlassen. Die Börse von Dhaka hat in der letzten Zeit einen Boom im Wertpapierhandel erlebt, der von Imtiaz Hussain, dem Börsenchef Dhakas, als ein Zeichen für das Vertrauen der Wirtschaft in die ökonomischen Liberalisierungsmaßnahmen der neuen Regierung bewertet werden.

Trotz der Streikaktionen betrug die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts im Finanzjahr 1995/96 4,5 Prozent, die Exporte stiegen sogar um acht Prozent. Hält dieser Trend an, kann bis zum Ende des laufenden Finanzjahres mit einer Wachstumsrate von über fünf Prozent gerechnet werden. Um jedoch aus der Armutsfalle zu entkommen, benötigt das Land über mehrere Jahre ein Wirtschaftswachstum von etwa sieben Prozent. Viele Wirtschaftsexperten und ausländische Beobachter sehen durchaus gute Möglichkeiten, dieses Wachstumsziel zu erreichen, wenn eine weitere Liberalisierung der Wirtschaft zu Investitionen und einem Abbau von Verlusten innerhalb des öffentlichen Sektors führen wird. Einige große internationale Ölgesellschaften haben ihr Interesse bekundet, die Erdgaslagerstätten vor der Küste zu erschließen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung wird in einer Verbesserung der Infrastruktur liegen und exportorientiertes Wachstum zu fördern, doch kann dies ohne ausländische Direktinvestitionen nicht erreicht werden. Einige strategisch wichtige Wirtschaftssektoren wie Stromerzeugung und Telekommunikation sind schon für ausländische Investitionen zugänglich, eine unabhängige Juristenkommission soll darüberhinaus Gesetzesnovellierungen ausarbeiten, die Investitionshemmnisse beseitigen.

Doch wird dieser Hoffnungsschimmer getrübt durch den Versuch der neuen Regierung, ein Verfahren gegen diejenigen Militärs einzuleiten, die verdächtigt werden, an der Ermordung des Staatsgründers Mujib und seiner Familienangehörigen vor 21 Jahren beteiligt gewesen zu sein. Die für Mitte Dezember erwartete Eröffnung des Verfahrens gegen vier der Verschwörer könnte das silberne Jubiläum der Loslösung von Pakistan und der damit erfolgten Staatsgründung trüben, neue Wunden aufreißen und die politische Polarisierung des Landes wieder vertiefen.